

Vorwort und Einführung in den Tagungsband

Die Integrations- und InklusionsforscherInnentagung 2009 hat Fragen der Integration und Inklusion im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Dimension thematisch in den Mittelpunkt gestellt. Aus dieser Perspektive betrachtet, muss Integrations- und Inklusionsforschung nach den Ausschließungsmechanismen und den Prozessen der Einbindung in die Gesellschaft fragen. Deshalb wird aus dieser Perspektive das Gemeinwesen selbst in seiner Verantwortung für die Teilhabe aller Menschen angesprochen.

Einführend in die Tagungsthematik soll hier anhand von Leitbegriffen wie Gemeinwohl/Gemeinwohl, Integration/Inklusion und Teilhabe in aller Kürze ein Begründungszusammenhang entfaltet werden, der als argumentativer Rahmen für die Tagung gelten kann. In einem kurzen Tagungsrückblick werden aktuelle Fragebereiche und noch offene Forschungslücken aufgezeigt, die sich aus der Auseinandersetzung mit dem Gemeinwesengedanken in der Integrations- und Inklusionsforschung ergeben.

Einleitung

Zahlreiche Fachtagungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass in zunehmendem Maße an verschiedenen Orten von verschiedenen Gruppen/Trägern/Organisationen der Behindertenhilfe daran gearbeitet wird, das umzusetzen, was aufgrund der jahrzehntelangen Forderungen der Behindertenbewegung seit 2001 endlich auch im deutschen Sozialgesetzbuch IX formuliert ist: die Ermöglichung von Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und zwar bezogen auf alle Lebensbereiche, also Erziehung, Bildung, Arbeit, Wohnen, Mobilität und Freizeit.

Was bedeutet diese Orientierung für die ForscherInnen, die sich seit 23 Jahren jährlich treffen, um sich über Forschungsergebnisse bezüglich der Integration von beeinträchtigten Menschen auszutauschen?

Muss es nach über 20 Jahren Integrationsforschung, die sich ursprünglich aus der Begleitung der ersten integrativen Schulversuche entwickelt hatte und sich wesentlich auf den Erziehungs- und Bildungsbereich bezog, nicht eine Ausweitung des Forschungsgegenstandes geben?

Bereits mit dem Thema der letztjährigen Integrations- und InklusionsforscherInnen-Tagung „Entgrenzung“ ist eine Dimension mehr in den Mittelpunkt

gerückt, auf die auch die neue UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen fokussiert ist: die Notwendigkeit der Gestaltung inklusiver Strukturen in Bezug auf alle Dimensionen gesellschaftlicher Teilhabe (vgl. Jerg u.a. 2009). Daran anknüpfend war es Anliegen der Organisatorinnen der 23. Jahrestagung der Integrations- und InklusionsforscherInnen (EFH Darmstadt, BA-/MA-Studiengang Integrative Heilpädagogik/Inclusive Education) folgende Dimensionen in den Mittelpunkt zu stellen, wie sie in der Einladung zur Tagung formuliert wurden:

Die Forderung nach Integration in die Gesellschaft und nach Gestaltung von inklusiven Verhältnissen bedingt Transformationsprozesse in zwei Richtungen:

1. Für den Bereich Erziehung und Bildung bedarf es einer Transformation in pädagogisch-didaktische Fragen.
2. Für den Bereich der geforderten inklusiven Gesellschaft bedarf es einer Transformation in Fragen der Gestaltung eines ‚friedensfähigen Gemeinwesens‘ (Negt 2001).

Beide Bereiche sind untrennbar miteinander verschränkt.

Die diesjährige IntegrationsforscherInnen-Tagung sollte sich v.a. auf diesen zweiten Aspekt beziehen und hatte von daher das Thema: Integration und Inklusion auf dem Weg ins Gemeinwesen: Möglichkeitsräume und Perspektiven.

Dieser Aspekt stellt zwar keinen strukturell neuen, aber einen bisher in seiner Bedeutung und Handlungskonsequenzen vernachlässigten Aspekt in der Integrationsdiskussion dar: den der veränderten Haltung der Gesellschaftsmitglieder gegenüber der bedingungslosen Teilhabemöglichkeit *aller* seiner Mitglieder. Feusers These aus den 1980er Jahren, dass „Integration in den Köpfen anfängt“ und seine Forderung, dass dies in pädagogisch-didaktische Fragen übersetzt werden muss, muss erweitert werden um die Dimension der Übersetzung in eine gesellschaftliche Frage als eine ebensolche Handlungs- und Umsetzungsdimension wie die didaktische Frage – wobei auch die didaktischen Fragen mit Klafki und Heydorn Gesellschaftsfragen sind, die aber ebenso in konkretes pädagogisches Handeln umgesetzt werden müssen, wie die Frage der Integration und Inklusion als Einbindung in die Gesellschaft, in das Gemeinwesen als Handlungsfeld entwickelt werden muss.

Dimensionen von Gemeinsinn und Gemeinwohl

Den Prozess der bewussten Auseinandersetzung mit den durch jahrhundertelange Segregation entstandenen Entfremdungsprozessen auf Seiten der Ausgegrenzten wie der ausgrenzenden Gesellschaft und der Forderung nach Integration beschreibt Kal (2006, 29) mit Lyotard als „Widerstreit“. Dieser ist ein notwendiger Streit über den Streit, der entsteht, wenn der andere den Streit gar nicht als solchen erfährt. In Bezug auf die Integrations-/Inklusionsforschung stellt sich dies als Frage insofern, als das Problem sozialer Ausgrenzung als eine gesellschaftliche Herausforderung der in einem untrennbaren Zusammenhang stehenden Handlungsfelder von Pädagogik und Politik verdeutlicht werden muss. Es geht also um die Gestaltung eines Gemeinwesens, das sich als eine gesellschaftliche Formation begreift, die keines ihrer Mitglieder ausschließt. Das Bewusst-Sein über diese Dimension muss jedoch stärker entwickelt werden.

Die Forderung nach Integration und Inklusion impliziert letztlich das Vorhandensein eines Gemeinsinns, dessen Fehlen aber gleichzeitig als Grund für aussondernde Prozesse gesehen werden muss. Münkler, Blum und Fischer beschreiben diese Problematik in ihren Studien über Gemeinwohl und Gemeinsinn damit, dass Gemeinwohl

„ein normativer Orientierungspunkt sozialen Handelns [ist]; Gemeinsinn wiederum ist die Bereitschaft der sozial Handelnden, sich an diesem normativen Ideal tatsächlich zu orientieren, seinen Anspruch auf soziale Verbindlichkeit in Verhalten und Handeln umzusetzen. Demnach haben wir es mit einem zirkulären Verhältnis zu tun: Das normative Gemeinwohlideal gibt an, wie viel und welche Form von Gemeinsinn in Anspruch genommen werden soll; umgekehrt ist aber das Vorhandensein von Gemeinsinn die vorgängige Voraussetzung dafür, dass überhaupt die Bereitschaft zur Orientierung am Gemeinwohlideal besteht. Insofern ist Gemeinsinn die motivationale Voraussetzung jedweder normativen Gemeinwohlorientierung und als solche eine fragile sozio-moralische Ressource.“ (Münkler/ Blum 2002, 9f.).

Da Aussonderungsstrukturen historisch und aktuell systematisch gesellschaftlich produziert werden, ist neben der Analyse der Auswirkungen von Aussonderungsprozessen auf die Persönlichkeitsentwicklung also auch die Analyse ökonomischer Begründungszusammenhänge notwendig. Deshalb müssen immer wieder konkret die Mechanismen untersucht werden, die zu institutionellen Ausgrenzungs- und damit zu langfristigen Entfremdungsprozessen geführt haben. Hier stellt das in den 90-er Jahren entstandene Konzept des niederländischen ‚Kwartiermaken‘ einen wichtigen Bezug insofern her, als hier auf einen wichtigen Punkt des Einstiegs in das Leben in der Gemeinde eingegangen wird.

„Der Wunsch nach Integration des Nicht-Normalen fordert etwas von der ‚Normalität‘. Es ist mein Bestreben zu untersuchen, was gesellschaftlich notwendig ist, um soziale Integration zu ermöglichen, die nicht auf Anpassung hinausläuft, bei der das Anderssein ausgelöscht wird. Die Frage ist, was eine derartige Integration von der normalen Gesellschaft, von ihren Institutionen und Bürgern fordert“ (Kal 2006, 29).

Kal begründet von daher, dass es notwendig sei, Ausgrenzungsmechanismen und deren Folgen mit zu untersuchen, da sonst lediglich eine neuerliche Anpassung an die bürgerliche Vernunft entstehe.

Bezüglich der konkreten Handlungsperspektiven stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, *wie kann dies als gesellschaftlich zu lösende Aufgabe deutlich gemacht werden bzw. wie kann Verantwortung an ein Gemeinwesen für alle seine Mitglieder zurückgegeben werden, das davon überhaupt nichts wissen will?* Kal plädiert in ihrer Argumentation dafür, diesen ‚Widerstreit‘ keinesfalls zu nivellieren, sondern produktiv zu nutzen (a.a.O., 9). Deshalb müssen Analysen der Auswirkungen von Aussonderungsprozessen auf die Persönlichkeitsentwicklung ebenso wie Analysen ökonomischer Begründungszusammenhänge fruchtbar gemacht werden für Transformationen auf die pädagogisch-didaktischer Ebene und auf die gesellschaftspolitische Ebene.

Integration und Inklusion

In der Begriffsdiskussion um Integration und Inklusion werden beide Begriffe inzwischen häufig als Gegensatzpaar formuliert bzw. wird der Integrationsbegriff als der zu überwindende, der Begriff der Inklusion als der weiterführende bezeichnet. Ohne hier näher darauf eingehen zu können ist es unsere Auffassung, dass diese Debatte in dieser Gegenüberstellung wenig dazu beiträgt, die eigentliche Dimension des Problems der uneingeschränkten Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichsten Beeinträchtigungen und Benachteiligungen neu zu fassen: die Dimension der Notwendigkeit, diese Forderung als politische Forderung zu begreifen. Entsprechende pädagogisch-didaktische Konzepte, sowie die Gemeinwesenorientierung sind notwendige Transformationsprozesse, im Kern geht es jedoch um gesellschaftspolitische Fragen, die entsprechendes politisches Handeln verlangen.

Die heutige Forderung nach Integration/Inklusion resultiert historisch gesehen aus einer Gegenbewegung gegen den Versuch, die mit der Industrialisierung entstandene Soziale Frage über die Institutionalisierung derjenigen zu lösen, die den modernen Anforderungen der entstehenden kapitalistisch orientierten Leistungsgesellschaften nicht entsprechen konnten. Da unser Wirtschaftssystem noch heute dieselben (ökonomischen Grund-) Strukturen aufweist, ist auch die Problemstellung letztlich dieselbe geblieben. Wir beschäftigen uns also noch heute mit den Folgen der Beantwortung der Frage, wie

die Gesellschaft mit ihren wirtschaftlich nicht leistungsfähigen Mitgliedern, die bestimmten Normen und Erwartungen nicht entsprechen, umgeht. Es geht um die Aufhebung der systematisch erfolgenden ‚Verbesonderung‘ von Menschen aufgrund bestimmter Merkmale, deren tiefere Begründung jedoch in dem gemeinsamen ‚Merkmal‘ der mangelnden Leistungsfähigkeit bezüglich der wirtschaftlichen Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft begründet liegt.

Ohne diesen Hintergrund ist es nicht verständlich, warum die Veränderung bzw. Aufhebung dessen, was wir mit Ausgrenzungsprozessen von Menschen mit Beeinträchtigungen in besondere und damit besondernde Einrichtungen bezeichnen, so schwierig ist (vgl. Dörner 2004). Erschwert werden Veränderungsprozesse in Orientierung auf uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dadurch, dass die getrennten Lebenswelten zu verfestigten Entfremdungsprozessen geführt haben, die entsprechende fest verankerte gesellschaftliche Strukturen und individuelle Haltungen entstehen ließen, die aufgrund ihrer langen Tradition schwer zu beeinflussen sind.

Die gesellschaftliche Situation vor allem der als behindert bezeichneten Menschen in Deutschland ist u.E. aber bezogen auf Einstellungen und Haltungen ihnen gegenüber noch ebenso beeinflusst von den Folgen des Versuchs der ‚Endlösung der Sozialen Frage‘ – auch Jahrzehnte nach der radikalisierten Entwertung und eingesetzten Vernichtungsmaschinerie der Nationalsozialisten gegenüber behinderten und psychisch kranken Menschen.

Die Frage der Integration und Inklusion ist also eine Frage, die sich auf deren unveräußerlichen Kern, auf das Grundmerkmal menschlichen Lebens beziehen muss: die unbedingte und uneingeschränkte Sozialität des Menschen, die zur Entwicklung seines Selbst der Vielfalt des Dialogs und der Kooperation mit anderen Menschen bedarf.

Teilhabe

Gesellschaftliche Teilhabe als Bürgerrecht fordert auf politischem Wege die Einlösung eines Menschenrechts: Die Einbindung und das Aufgehobensein in soziale gesellschaftliche Verhältnisse. Vor dem Hintergrund der UN-Konvention ist Politik im Kontext von Behinderung also nicht ausschließlich als Sozialpolitik aufzufassen, sondern in erster Linie als Bürgerrechts- und Menschenrechtspolitik.

Mit Bartelheimer gibt es fünf Merkmale des Teilhabebegriffs, die dessen Reichweite markieren:

- Er ist historisch relativ, d.h. Teilhabe ist an die sozioökonomischen Möglichkeiten einer gegebenen Gesellschaft gebunden.

- Der Teilhabebegriff ist mehrdimensional, da sich Teilhabe erst durch das Zusammenwirken verschiedener Teilhabeformen ergibt.
- Es gibt verschiedene Abstufungen des Teilhabebegriffs.
- Als dynamisches Konzept ist Teilhabe in zeitlichen Verläufen zu betrachten (Lebenslauforientierung, um im Planungsprozessen sinnvolle Differenzierungen zu ermöglichen).
- Teilhabe wird durch handelnde Subjekte, durch individuelles Handeln in sozialen Beziehungen angestrebt (vgl. Bartelheimer 2007, 8).

Es geht letztlich um die Verantwortungsübernahme im Sinne der Gestaltung von Teilhabeprozessen, wobei Teilhabe nicht als normativer Leitbegriff verstanden werden sollte, sondern als beschreibender Begriff für soziale Beziehungen in unserer Gesellschaft (vgl. Rohrman 2009).

Teilhabe meint damit die Frage, wie *Verwirklichungschancen* (im Sinne Amartya Sens) umgesetzt werden können. Nach Sens Modell sind dabei materielle Ressourcen und Rechtsansprüche unverzichtbare Voraussetzungen, eröffnen aber lediglich die Möglichkeit von Teilhabe. Diese Möglichkeiten zu realisieren, verlangt zum einen individuelle Fähigkeiten, zum anderen bestimmte gesellschaftliche Bedingungen (wie Normen oder Infrastruktur). Das Ziel sozialstaatlicher Interventionen sollte danach nicht darin bestehen, das Teilhabeergebnis, also individuelle Lebensweisen anzugleichen, sondern Ungleichheit bereits bei den Verwirklichungschancen zu reduzieren.

Rohrman formuliert dazu die drei Leitprinzipien Prozessorientierung, Beteiligungsorientierung und mainstreaming, auf die die konkrete Gestaltung von Planungsprozessen zur Verbesserung von Teilhabechancen orientiert sein müssen (vgl. ebd.).

Gerade deshalb müssen nicht nur sozialstaatliche Programme und professionelle Unterstützung darauf ausgerichtet sein, dass *Voraussetzungen für die Teilhabe* hergestellt werden, sondern Teilhabe als Bürger- und Menschenrecht wahrgenommen werden. Nachdem seit 2001 in Deutschland die sozialgesetzliche Ausrichtung auf Teilhabe am Leben in der Gesellschaft eigentlich abgesichert scheint, stellt sich an dieser Stelle die Frage, wieso diese mühsam und in weiten Teilen noch nicht umgesetzt ist.

In der Behindertenhilfe haben sich diese Fragen besonders deutlich in der beginnenden Auseinandersetzung mit den Konzepten von Community Care/Community Living (vgl. Stein 2007) und zunehmend mit den Konzepten von Sozialraumorientierung/Gemeinwesenarbeit gezeigt.

Integration und Inklusionsforschung auf dem Weg in das Gemeinwesen?

Die Organisation der Tagung und die eingereichten Beiträge zu diesem Schwerpunkt zeigen, dass die Integrations- und Inklusionsforschung derzeit erste Schritte in Richtung auf das Gemeinwesen unternimmt. Neben den

zahlreichen Workshop-Beiträgen bewies der große Bedarf zur Diskussion und zum Austausch über die vorgestellten Vorhaben, dass mit der Tagung die Auseinandersetzung um den Gemeinwesenbegriff in der Integrations- und Inklusionsforschung angeregt werden konnte. Integrations- und Inklusionsforschung hat aber u. E. im Kontext der zuvor diskutierten Dimensionen noch wichtige Fragen zu klären:

- So müssen immer wieder konkret die Mechanismen untersucht werden, die zu institutionellen Ausgrenzungs- und damit zu langfristigen Entfremdungsprozessen geführt haben und heute führen (vgl. Beitrag Feuser in diesem Band).
- Dabei wären einerseits die Auswirkungen von Aussonderungsprozessen auf die Persönlichkeitsentwicklung weiter zu untersuchen.
- Andererseits müssten aber auch die politisch-gesellschaftliche Zusammenhänge und ökonomische Begründungszusammenhänge stärker als bisher in den Blick der Integrations- und Inklusionsforschung geraten.
- Neben Ausgrenzungs- und Segregationsmechanismen wäre zu untersuchen, welche Faktoren eine Veränderungsbereitschaft im Gemeinwesen herzustellen vermögen.
- Im Hinblick auf die wissenschaftliche Begleitung von De-Institutionalisierungsprozessen können solche Grundlagen eine neuerliche Anpassung an die bürgerliche Vernunft verhindern und echte Teilhabechancen realisieren helfen.
- Hier wären auch die neueren selbstkritischen Diskussionen in den skandinavischen Ländern bezüglich der gesellschaftlichen Etablierung der Integrations-/Inklusionsidee (z.B. Kriwet 2006) im Hinblick auf Übertragungsmöglichkeiten auf die deutsche Diskussion zu untersuchen.
- Die Bedeutung des Gemeinwesenansatzes ist deshalb für Veränderungsbedarfe der klassischen Behindertenhilfe (vgl. Beitrag Seifert in diesem Band) ebenso zu diskutieren und konkret zu machen, wie für die unterschiedlichen „klassischen Handlungsfelder“ der Integrations- und Inklusionsforschung. So müssen Konzepte wie beispielsweise die kommunalen Bildungslandschaften (vgl. Beitrag Hocke in diesem Band) und die Regionale Teilhabeplanung (vgl. Beitrag Rohrmann in diesem Band) weiter ausgearbeitet und diskutiert werden. Bereits vorhandene Projekte und Erfahrungen sollten hier systematisch ausgewertet und evaluiert werden.
- Konkret sind solche Evaluationen auch im Hinblick darauf vorzunehmen, inwiefern der Anspruch der Teilhabe und Partizipation von Menschen mit Behinderungen nicht nur im Rahmen der Inanspruchnahme von Hilfen sondern auch in der Entwicklung von Konzepten und ihrer

Umsetzung realisiert wird und damit dem Bürgerrecht der Teilhabe in größtmöglichem Umfang entsprochen wird.

- Im Hinblick auf Professionalisierungsfragen ist zu klären, in welcher Weise sich die Berufsbilder und Ausbildungsanforderungen an Professionelle Integrations-PädagogInnen unter dem Blickwinkel der Gemeinwesenorientierung verändern müssen.
- In Studium und Ausbildung müssen an den vorausgehenden Punkt anknüpfend Gemeinwesen- und Sozialraumorientierung und Community-Living sowohl im Hinblick auf ihre theoretisch-konzeptionellen Grundlagen Fragestellungen, wie auch im Hinblick auf methodisch-praktisches Handlungswissen implementiert werden. Dies kann durch Praxis-Studienprojekte und Lehr-Lernforschungsprojekte, aber auch durch klassische Formen der schulischen und hochschulischen Bildung geschehen.

Im Verlauf der Tagung zeigte sich im Hinblick auf diese Fragefelder ein erheblicher Forschungsbedarf, der auch darin sichtbar wurde, dass es Workshops gab, bei denen Praxisprojekte in diesem Feld vorgestellt wurden, die derzeit noch nicht beforscht werden, aber dringend ausgewertet werden müssten, um Erfahrungen übertragbar zu machen. Zum anderen zeigt sich dies in dem Ausmaß an Anfragen nach wissenschaftlicher Begleitung aus der Praxis, dem in Anbetracht des erheblichen Umfangs der Anfragen bisher nur rudimentär entsprochen werden kann. Auch die Fachtagungen zum Thema in den letzten Jahren bestätigen uns in der Annahme, dass es hier einen erheblichen Bedarf in der Praxis gibt, sich systematisch mit der Frage des Gemeinwesens zu befassen. Integrations- und Inklusionsforschung muss es sich deshalb u.a. zum Ziel setzen, hier entsprechende Grundlagen zu erarbeiten und konkrete Handlungsperspektiven aufzuzeigen. Integrations- und Inklusionsforschung ist deshalb aufgefordert, sich der Frage eines Gemeinwesens, das niemanden ausschließt, als Forschungsfrage zu stellen. Insofern ist es ganz folgerichtig, dass sich die kommende Tagung der Integrations- und InklusionsforscherInnen im Jahr 2010 in Innsbruck mit Fragen der Forschung selbst befassen wird. Dies bezieht sich zum einen auf den Bereich der partizipativen Forschungen, sollte aber auch vor diesem Hintergrund zum anderen die Frage der Forschungsfelder nochmals zum Gegenstand machen.

Zum Tagungsband:

Der Tagungsband ist so aufgebaut, dass nach dem einführenden Beitrag von Georg Feuser jeweils die Hauptbeiträge zu den unterschiedlichen Tagungsblöcken: 1. Auf dem Weg ins Gemeinwesen (M.Seifert), 2. Regionale Teilhabeplanung (A. Rohrmann), 3. Kommunale Bildungslandschaften (N. Hocke), 4. Dimensionen von Teilhabe und Ausschluss (E.O. Graf) sowie sich thematisch darauf beziehende Beiträge folgen. Mit den ersten drei Tagungs-

blöcken werden verschiedene methodische und arbeitsfeldbezogene Zugänge gemeinwesenorientierter Arbeit in der auf Integration/ Inklusion ausgerichteten Behindertenhilfe aufgezeigt. Der vierte Block stellt explizit den Ausgangspunkt gemeinwesenorientierter Arbeit dar, indem verschiedene Dimensionen von Ausschluss und Teilhabe thematisiert werden. In einem fünften Teil, den wir als ‚Weitere Beiträge aus der Integrations- und Inklusionsforschung‘ gefasst haben, sind die nicht explizit dem spezifischen Tagungsthema, aber der Integrations-/Inklusionsforschung allgemein zugeordneten Beiträge enthalten.

Zu danken ist an dieser Stelle allen an der Tagung beteiligten Referenten und Referentinnen, aber auch den workshop-Beteiligten für ihre engagierten Diskussionen, sowie denjenigen, die trotz immer hoher Arbeitslast Beiträge für diesen Band verfasst haben. Letzteres und der Umstand, dass manche Beiträge aus noch laufenden Forschungsvorhaben vorgetragen wurden haben dazu geführt, dass nicht alle Beiträge bereits für diesen Band geschrieben werden konnten.

Bedanken möchten wir uns bei Karen Ling für die hervorragende Zusammenarbeit in Bezug auf Formatierung und Layout. Dank geht ebenfalls an den Klinkhardt Verlag, der das Zustandekommen des Buches trotz knapper Zeit bewerkstelligen konnte.

Abschließend möchten wir der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt und insbesondere dem Forschungszentrum der EFHD für die personelle und vor allem finanzielle Unterstützung der Tagung sowie der vorliegenden Veröffentlichung danken.

Darmstadt, Januar 2010
Anne-Dore Stein, Stefanie Krach, Imke Niediek